

Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden

GOLI OTOK



LEGENDA

- STAMBENE I DRUGE ZGRADNE OSUDENIH
- PRIVREDNI OBJEKTI
- OSTALI OBJEKTI
- ZDRAVSTVENI CENTAR
- SPORTSKI OBJEKTI
- CENTAR ZA OBRABU

Karte der ehemaligen Gefängnisinsel Goli otok in Kroatien



Ehemaliges

Jugoslavien

Im April 1941 griff die deutsche Wehrmacht das Königreich Jugoslawien an. In der Folge wurde das Land besetzt und Teile davon an das nationalsozialistische Deutsche Reich, an Mussolinis Italien sowie das von Italien okkupierte Albanien und an Bulgarien angeschlossen. Der Zweite Weltkrieg war in Jugoslawien ein vielschichtiger Krieg. Er tobte von 1941 bis 1945 sowohl zwischen den Besatzungsmächten und ihren lokalen Verbündeten als auch Widerstandsbewegungen und war gleichzeitig ein ideologischer Krieg zwischen Kommunisten und Antikommunisten, zwischen Faschisten und Antifaschisten und nicht zuletzt ein ethnischer Krieg. In Kroatien kam eine faschistische Regierung an die Macht, welche die Rassegesetze übernahm und gewaltsam gegen Serben, Juden, Roma sowie Kommunisten vorging. Gegen die Besetzung des Landes bildeten sich diverse Widerstandsbewegungen, die vor allem aus kommunistisch dominierten Partisaneneinheiten sowie königstreuen Tschetnikverbänden bestanden. Die Vereinigungen kämpften nicht nur gegen die Besatzer und Kollaborateure, sondern auch gegeneinander, wobei die kommunistische Volksbefreiungsarmee letztlich die Oberhand gewann. Die Kämpfe wurden zudem zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen ausgetragen. Der Krieg wurde von allen Seiten mit erbitterter Härte und unter großen Verlusten für die Zivilbevölkerung geführt. Die Partisanen und ihre Rolle wurden im sozialistischen Nachkriegsjugoslawien mythologisiert und stellten einen wichtigen Teil des Selbstverständnisses des Landes dar.

Bei Kriegsende übernahmen die von Tito geführten Kommunisten die Macht. Der Sieg im sogenannten Volksbefreiungskampf sollte die Machtübernahme und angestrebte Revolution legitimieren. Treibende Kraft dieses Krieges unter dem Oberkommando des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei (KP) und zum Marschall ernannten Anführers Josip Broz, genannt Tito, war die Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie in ihrer stalinistischen Ausprägung. Das erklärte Ziel der revolutionären Kader der KP bestand in der Abrechnung mit dem in ihren Augen überlebten Kapitalismus und allen ihn stützenden Kräften und dem Aufbau des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats, genauer durch die Diktatur seiner mit dem »richtigen Bewusstsein« ausgestatteten Avantgarde. Die Revolution sollte aus dem Sieg im Krieg hervorgehen. Wie radikal dabei vorgegangen wurde, lässt sich an der Zahl der am Ende des Krieges Getöteten ersehen. Selbst konservativste Schätzungen geben die Zahl der von Titos Partisanen im Abrechnungsfuror im Frühjahr 1945 Ermordeten mit 70 000 an. Quellenbasierte Schätzungen gehen heute davon aus, dass die kommunistische Vergeltung während des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach mindestens 80 000 Tote forderte.

Die kommunistischen Partisanen und die Geheimpolizei liquidierten systematisch tatsächliche und vermeintliche Kollaborateure sowie Angehörige der politischen, kulturellen und religiösen Eliten und Tausende Zivilisten, die als Sympathisanten oder Angehörige von »Feinden« angesehen wurden. Trotz des Terrors und der zahllosen Verbrechen, mit denen die kommunistische Macht in Jugoslawien installiert wurde, galt und gilt der jugoslawische Kommunismus bis heute als vergleichsweise moderat. Dies war Folge der besonderen Stellung des sozialistischen Jugoslawien unter Tito zwischen den Blöcken während des Kalten Krieges sowie der tatsächlich erfolgten Liberalisierung und Dezentralisierung in den 1960er und 1970er Jahren. Die Zahlen der Opfer in den Jahren nach 1945 und das Ausmaß der Repression in Jugoslawien sprechen jedoch eine andere Sprache. Die Vertreibung, Enteignung, Internierung und Ermordung von Donauschwaben, ungarischen und italienischen Minderheiten und die von der Volksbefreiungsarmee nach Kriegsende begangenen Verbrechen wie die massenhaften Hinrichtungen von »Volksfeinden« wurden nach 1945 kaum thematisiert. Erst mit dem Systemwandel begann im Land die Auseinandersetzung damit, dabei spielten diese Verbrechen mit der sich verstärkenden Krise nach Titos Tod in

verschiedenen nationalen bzw. nationalistischen Diskursen eine wichtige Rolle. Die meisten Opfer wurden 1945 in Massengräbern verscharrt, in Felsspalten, Karsthöhlen und aufgelassene Schächte geworfen oder eingemauert; diese Stätten sind bis heute nicht vollständig lokalisiert.

Am 29. November 1943 beschloss ein Partisanenparlament im bosnischen Ort Jajce die Gründung eines »Demokratischen Föderativen Jugoslawien«, welches aus den Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien–Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien bestand. Als Gründungsmythos des neuen Jugoslawien, der zugleich die verschiedenen ethnischen Gruppen unter der Parole »Brüderlichkeit und Einheit« der jugoslawischen Völker einigen sollte, galt der antifaschistische Widerstandskampf unter kommunistischer Führung im »Volksbefreiungskampf«.

Nach dem Bruch Titos mit Stalin im März 1948 wurde die Verfolgung auf tatsächliche und vermeintliche Anhänger Stalins ausgedehnt. Tausende von ihnen wurden auf der so gut wie vegetationslosen Gefängnisinsel Goli otok in der nördlichen Adria unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Zu den Gegnern der jugoslawischen Kommunisten zählte man sowohl die demokratische Opposition als auch Vertreter der Kirchen, Gläubige, Besitzer von Land und Industriebetrieben, Intellektuelle und Angehörige der politischen Elite der Vorkriegszeit. Ebenso wurden jene verfolgt, die als Nationalisten und Feinde der »Brüderlichkeit und Einheit« der jugoslawischen Völker galten. Unter der Anklage, Kominform–Anhänger bzw. Faschist oder Nationalist zu sein, konnte die Geheimpolizei jeden zum Verdächtigen erklären und verhaften. Zudem wurde – obwohl in der Verfassung die Religionsfreiheit festgeschrieben war – insbesondere in den ersten Jahren nach der Machteroberung ein brutaler Kampf gegen die Kirchen geführt. Kirchengüter wurden enteignet, Schulen in staatliche Einrichtungen umgewandelt. Priester wurden verhaftet und schikaniert, manche ermordet. Spitzel der Geheimpolizei unterwanderten und kontrollierten bestehende Religionsgemeinschaften und die Priesterschaft. Zwar hatten auch 118 katholische Priester aktiv die »Volksbefreiungsarmee« unter der Führung der KP während des Krieges unterstützt und 43 katholische Priester ihr Leben als Mitglieder des antifaschistischen Widerstands verloren, an der generellen Einstellung der KP gegenüber Glauben und Kirche änderte dies nichts. Im günstigsten Fall wurde Religion zur Privatsache des Einzelnen erklärt, keinesfalls durfte die Autorität der Partei infrage gestellt werden. In den 1950er Jahren ebte der offene Terror ab. Die Repression gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner der kommunistischen Herrschaft ging jedoch weiter. Die jugoslawische Geheimpolizei überzog das Land mit einem dichten Spitzelnetz.

In den 1960er Jahren verbesserte sich die Versorgungslage und damit der Lebensstandard merklich – nicht zuletzt auch dadurch, dass Hunderttausende von Bürgern Jugoslawiens als sogenannte Gastarbeiter in den Westen gingen, um dort zu arbeiten. Trotz der repressiven Politik gegenüber nationalen Bestrebungen brachen immer wieder ethnische Konflikte auf, die wie zum Beispiel der »Kroatische Frühling« 1971 oder Proteste im Kosovo nach Titos Tod 1980 gewaltsam niedergeschlagen wurden. Nach Titos Tod, der das Land von 1945 bis 1980 beherrscht und auch zusammengehalten hatte, verschlechterte sich die Wirtschaftslage wiederum dramatisch und in den vergangenen Jahrzehnten unterdrückte ethnische Konflikte brachen zunehmend aus. In allen Teilrepubliken erstarkten nationalistische Kräfte, zuerst Mitte der 1980er Jahre in Serbien, wo Slobodan Milošević schließlich 1987 an die Macht kam. Während in den ersten freien Wahlen 1990 in Slowenien und Kroatien antikomunistische Parteien, die die staatliche Eigenständigkeit anstrebten, gewannen, setzte sich in Serbien Slobodan Milošević mit seinem nationalserbischen Sozialismus durch. Ein großer Teil der serbischen Minderheit in Kroatien erkannte unter dem Einfluss Serbiens die gewählte demokratische Regierung in Kroatien nicht an. Verhandlungen



zwischen den Führungen der verschiedenen jugoslawischen Republiken führten zu keiner Lösung. Nach Volksabstimmungen erklärten am 25. Juni 1991 Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit, wozu ihnen die jugoslawische Verfassung von 1974 die rechtliche Möglichkeit bot. Die von Milošević kontrollierte jugoslawische Volksarmee und paramilitärische Verbände versuchten, militärisch ein Groß-Serbien zu schaffen. In Slowenien dauerten die Kampfhandlungen nur kurz. In Kroatien jedoch kam es zum offenen und blutigen Krieg, ebenso und in noch größerem Ausmaß in Bosnien-Herzegowina, das im März 1992 seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Mit dem Abkommen von Dayton vom 21. November 1995 endete der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Eine komplizierte Regelung sieht vor, dass Bosnien-Herzegowina als souveräner und ungeteilter Staat in den international anerkannten Grenzen bestehen bleibt, mit Sarajevo als seiner Hauptstadt. Zugleich besteht Bosnien-Herzegowina aus zwei Einheiten: der Republika Srpska mit 49 Prozent und der Föderation von Bosnien und Herzegowina mit 51 Prozent des Territoriums. Zudem gibt es mit dem selbstverwalteten Bezirk Brčko ein Kondominium zwischen beiden Teilrepubliken, das jedoch der Bundesregierung untersteht.

Als das schlimmste Verbrechen nicht nur dieses Krieges, sondern der europäischen Nachkriegsgeschichte insgesamt gilt das Massaker im ostbosnischen Srebrenica, das trotz der Präsenz von niederländischen Blauhelmsoldaten nicht verhindert wurde. Serbische Milizen, paramilitärische Einheiten und Truppen der Armee der bosnischen Serben ermordeten unter der Führung von Ratko Mladić Tausende bosnische Jungen und Männer in der sogenannten UN-Schutzzone.



◀ Srebrenica-Potočari Denkmal und Friedhof für die Opfer des Massakers von 1995

Dieses Verbrechen wurde vom Internationalen Gerichtshof (IGH) als Völkermord eingestuft. Die Kriege in den 1990er Jahren auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien forderten mehr als 100 000 Tote und hinterließen in vielfacher Hinsicht ein Trümmerfeld. Diese Kämpfe prägten auch weitgehend die Vergangenheitsaufarbeitung. Die Wunden sind tief, zu nah die Erinnerung an die Opfer des Krieges insbesondere in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, aber auch in Serbien und dem Kosovo. In Slowenien und Kroatien wird seit dem Ende des Sozialismus zunehmend an die Verbrechen der unmittelbaren Nachkriegszeit nach 1945 erinnert, Massengräber werden lokalisiert und Gedenkinitiativen an Lagerstandorten gegründet. Die Zuwendung zu den kommunistischen Verbrechen der Nachkriegszeit führt teilweise zu einer Relativierung der Verbrechen, die während der NS-Besatzung sowie der Herrschaft des faschistischen Ustaša-Regimes in Kroatien an Juden, Serben, Kommunisten und anderen begangen wurden. Dies äußert sich beispielsweise auch darin, dass es in vielen ehemaligen jugoslawischen Teilstaaten keine Denkmäler oder Gedenkstätten für die Opfer des kommunistischen Regimes gibt.

Literaturhinweise ehemaliges Jugoslawien:

Calic, Marie-Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2014. / Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943 – 2011. Wien 2012.



GOLI OTOK
ĐURMANEC



Kroatien

Am 1. Dezember 1918 wurde in Belgrad die Vereinigung der Königreiche Serbien und Montenegro mit dem im Oktober 1918 gegründeten Staat der Slowenen, Serben und Kroaten, der nach dem Untergang Österreich-Ungarns in den südslawischen Gebieten gegründet worden war, zum Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen unter dem serbischen Monarchen Aleksandar I. Karađorđević proklamiert. Insbesondere gegen den zentralistischen Staatsaufbau und die serbische Dominanz gab es von Beginn an Proteste und Widerstand in den nichtserbischen Gebieten, da den Serben als der zahlenmäßig stärksten Ethnie eine zentralistische serbenzentrierte Politik und die Missachtung der nationalen Eigenständigkeit der anderen Nationalitäten vorgeworfen wurde. Am 20. Juni 1928 schoss im Belgrader Parlament während der Sitzung ein Abgeordneter der Serbischen Radikalen Partei auf den Führer der Kroatischen Bauernpartei, Stjepan Radić, und auf vier weitere kroatische Abgeordnete, wobei zwei Abgeordnete sofort starben und Radić sieben Wochen nach dem Attentat an den Folgen seiner Verletzungen starb. Dies gilt heute als Symbol für das Scheitern des ersten jugoslawischen Staates. König Aleksandar sicherte sich nach diesem Attentat am 6. Januar 1929 diktatorische Machtbefugnisse und änderte den Namen des Staates in Königreich Jugoslawien. Das Parlament wurde aufgelöst, alle politischen Parteien und die oppositionelle Presse verboten. Aleksandar versuchte von oben, einen groß-serbischen Jugoslawismus Belgrader Prägung als Herrschaftsideologie zu implantieren. Dieser hatte mit der föderativ gedachten jugoslawischen Idee nurmehr den Namen gemein. Der staatlich propagierte Jugoslawismus ging im Zweiten Weltkrieg unter, zusammen mit dem durch Nationalitätenkonflikte geschwächten jugoslawischen Staat. Der radikalste Widerstand erfolgte durch eine kroatisch-nationalistische Bewegung unter dem Namen Ustaša, die als rechtsextremer und terroristischer Untergrundverband unter der Führung des ehemaligen Parlamentsabgeordneten der sogenannten Kroatischen Rechtspartei, Ante Pavelić, stand. Dieser ging sofort nach Ausrufung der Diktatur ins Exil und schwor Rache für die Ermordung der kroatischen Abgeordneten. In ihrem Gründungsstatut verpflichtete sich die Ustaša zur bewaffneten Befreiung Kroatiens und der Kroaten von den Serben. 1934 wurde der jugoslawische König bei einem Staatsbesuch in Frankreich zusammen mit dem französischen Außenminister in Marseille bei einem von der Ustaša organisierten Attentat ermordet. Ein 1939 kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs schließlich ausgehandelter Kompromiss zwischen der Belgrader Regierung und der weitaus stärksten Oppositionspartei in den kroatischen Gebieten, der Kroatischen Bauernpartei, welcher das serbisch-kroatische Verhältnis mit der Schaffung einer weitgehend autonomen kroatischen Einheit, der »Banschaft Kroatien«, auf eine neue Grundlage stellen sollte, kam zu spät und berücksichtigte zudem in Bosnien-Herzegowina nicht die Interessen der bosniakisch-muslimischen Bevölkerungsteile. Unter dem Druck von NS-Deutschland trat am 25. März 1941 das Königreich Jugoslawien dem Dreimächtepakt von Deutschland, Italien und Japan bei. Serbische Offiziere putschten dagegen, woraufhin Hitler die Bombardierung Belgrads ohne Kriegserklärung und die Zerschlagung Jugoslawiens befahl. Am 6. April 1941 begann die Invasion der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten. Nach der Niederwerfung der jugoslawischen Armee und der schnellen Kapitulation nach nur zehn Tagen Blitzkrieg wurde das Gebiet des jugoslawischen Staates unter den Achsenmächten Deutschland und Italien sowie deren Verbündeten Ungarn, Bulgarien und Albanien aufgeteilt. Die königliche Regierung floh nach London. Nachdem der Führer der Kroatischen Bauernpartei, Vladko Maček, es abgelehnt hatte, sich in Kroatien an die Spitze eines von NS-Deutschland kontrollierten Marionettenstaats zu stellen, griff Hitler auf den im italienischen Exil lebenden Führer der radikalen Ustaša und dessen Bewegung zurück. Am 10. April 1941 wurde der Unabhängige Staat Kroatien ausgerufen, mit Ante Pavelić als »poglavnik« (»Führer«). Dieser ver-

suchte, in Auftreten und Politik seine faschistischen und nationalsozialistischen Vorbilder zu kopieren. Der Ustaša-Staat war geprägt von Massengewalt gegen Serben, Juden und Roma. Nach dem Sieg der von Tito angeführten Partisanenarmee wurde Kroatien Teil des noch während des Krieges ausgerufenen Demokratischen Föderativen Jugoslawien, welches ab 1946 die Bezeichnung Föderative Volksrepublik Jugoslawien und seit 1963 bis zu seinem Zerfall im Jahr 1991 den Namen Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) trug. In politischen Säuberungen wurden Anhänger und Mitglieder der Ustaša, tatsächliche und vermeintliche Unterstützer und Kollaborateure der NS-Besatzungsherrschaft ebenso systematisch verfolgt und ermordet wie politische Gegner, Zivilisten und willkürlich ausgewählte Opfer. Während der kommunistischen Herrschaft waren die Liquidationen des Jahres 1945 und die Vertreibungen ein gesellschaftliches Tabu.

Landwirtschaftliche Flächen und Unternehmen wurden verstaatlicht und Tausende Menschen ins Exil getrieben. Die jugoslawische Geheimpolizei verfolgte als gefährlich erachtete Emigranten auch im Exil im Ausland. Derzeit sind die Namen von etwa 100 im Ausland ermordeten Regimegegnern bekannt. Da die Kirche als einzige große gesellschaftliche Institution galt, die der kommunistischen Macht nennenswert Widerstand entgegensetzen konnte, wurden ihre Vertreter sowie viele Gläubige verfolgt, Priester und Nonnen ermordet und die Kirchengüter beschlagnahmt. Unter dem Vorwand der Kollaboration mit der NS-Herrschaft wurde nach 1945 auch die deutsche Minderheit in Kroatien enteignet und fast vollständig vertrieben.

Nach dem Bruch Titos mit Stalin 1948 entwickelten die jugoslawischen Kommunisten unter dem Namen »sozialistische Arbeiterselbstverwaltung« ein eigenes Sozialismusmodell. Die Repressionen lockerten sich, nachdem sich Jugoslawien unter Tito international etabliert und die Phase des »administrativen Sozialismus« zugunsten des »Selbstverwaltungssozialismus« hinter sich gelassen hatte. Sogenanntes »gesellschaftliches Eigentum« dominierte zwar in der Wirtschaft, Privateigentum an Boden war aber bis 20 Hektar zugelassen. Politische Betätigungen außerhalb der kommunistischen Parteien und von ihr kontrollierter Organisationen wurden jedoch nach wie vor nicht geduldet. Davon betroffen waren in Kroatien vor allem jene Kräfte, die sich für mehr Wirtschaftskompetenzen sowie kulturelle Eigenständigkeit und die Pflege der kroatischen Sprache einsetzten. Im Zuge der Reformbewegung des »Kroatischen Frühlings« zwischen 1967 und 1971 griff auch die Zagreber Parteispitze die Forderungen nach staatlicher Autonomie und größerer Unabhängigkeit von der Zentrale in Belgrad auf. Im Dezember 1971 ließ Tito die komplette kroatische Parteiführung durch neue linientreue Kader ersetzen und die Reformbewegung von der jugoslawischen Geheimpolizei niederschlagen. Zahlreiche Studentenführer und Kulturfunktionäre wurden verhaftet, Demonstrationen mit Polizeigewalt unterdrückt. Nach Titos Tod im Mai 1980 verstärkten sich die Krisenerscheinungen und Protestbewegungen in den einzelnen jugoslawischen Teilrepubliken erhielten Auftrieb. Unter dem Eindruck der Umbrüche in ganz Osteuropa Ende der 1980er Jahre forderten insbesondere Kroatien und Slowenien die Umwandlung Jugoslawiens in eine Konföderation und die Einführung der parlamentarischen Demokratie. Aus den Wahlen im Mai 1990 ging die Kroatische Demokratische Union (HDZ) als stärkste Kraft hervor. Sie trat für ein unabhängiges Kroatien ein. Bereits vor dem Austritt Kroatiens aus der SFRJ kam es in den von Serben besiedelten Gebieten zu Vertreibungen und Straßenblockaden. Am 25. Juni 1991 erklärten sich Kroatien und Slowenien zu souveränen und unabhängigen Staaten. Danach wurden kroatische Städte wie Vukovar, Split, Karlovac und Dubrovnik von serbischen Paramilitärs und Einheiten der jugoslawischen Volksarmee angegriffen und zum Teil schwer zerstört. Tausende Menschen verloren bei den Angriffen und der Belagerung der Städte ihr Leben. Nach der internationalen Anerkennung Kroatiens Ende 1991 bzw. Anfang 1992 flauten

die Kämpfe in Kroatien selbst ab und verlagerten sich auf das Gebiet von Bosnien–Herzegowina. Viele Serben flohen nach der Rückeroberung durch die kroatischen Streitkräfte in der Operation »Sturm« im August 1995 aus den Gebieten, die sich als Republik Serbische Krajina von Zagreb losgesagt hatten und einem zu schaffenden Groß–Serbien anschließen wollten, nach Serbien.

Nach dem Zusammenbruch des jugoslawischen Kommunismus und der Unabhängigkeit Kroatiens bemühten sich zahlreiche Vereine, Verbände sowie Familienangehörige der Verfolgten und der 1945 zu Tode Gekommenen um die Kennzeichnung der verschwiegenen Grabstätten. Allerdings instrumentalisierten alle Seiten die Gedenkveranstaltungen. Während nationalistische Kräfte versuchten, die Opfer als Kämpfer gegen den Kommunismus und unschuldige Opfer desselben zu vereinnahmen, wurden sie von anderen als Faschisten und Nazi–Kollaborateure geschmäht. Der Krieg von 1991 bis 1995 ließ die Erinnerung an die Zeit der kommunistischen Herrschaft sowie die Aufarbeitung und Verfolgung der damaligen Verbrechen in den Hintergrund treten. Zwar hat Kroatien 2006 eine »Deklaration über die Verurteilung der während des kommunistischen totalitären Regimes begangenen Verbrechen« verabschiedet, eine Strafverfolgung einzelner Personen war damit aber nicht verbunden. Niemand wurde juristisch für die 1945 verübten Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Erst 2017 erklärte der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenković (HDZ), das Land werde sich nun sowohl mit der Aufarbeitung des faschistischen Ustaša–Regimes befassen als auch die sozialistische Vergangenheit differenzierter in den Blick nehmen. Zu diesem Zweck wurde im März 2017 ein »Rat für die Auseinandersetzung mit den Folgen der undemokratischen Regime« ins Leben gerufen, welcher Empfehlungen für eine historische Aufarbeitung wie für das Erinnern an und den Umgang mit Verbrechen und Traumata des 20. Jahrhunderts erarbeiten soll.

Nach der kroatischen Unabhängigkeit wurde damit begonnen, konfisziertes Eigentum zurückzugeben und Enteignungen von Grund und Boden sowie Unternehmen rückgängig zu machen. Dabei versuchten die Behörden, die Rechte der neuen Besitzer oder Mieter von zum Beispiel Häusern und Wohnungen zu berücksichtigen und unnötige Härten zu vermeiden. Bereits 1992 wurde das Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung der politischen Gefangenen verabschiedet. Diese werden nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen rehabilitiert, die Zeit der Haft wird bei der Berechnung ihrer Renten berücksichtigt.

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2